

# Bonner Klima-Theater: Zwischen Billionen-Forderungen und maroder Rheinbrücke

geschrieben von Admin | 11. Juni 2026

**Drama, Baby, Drama: Schlimm sieht es aus mit unserem Weltklima. Dagegen hilft nur noch mehr Geld der westlichen Industriestaaten. Wen soll da eine gesperrte Rheinbrücke scheren?**

**von Holger Douglas**

Gesperrte Nordbrücke in Bonn. Im Hintergrund der „Lange Eugen“ (ehem. Abgeordnetenhaus) im Bundesviertel, wo die Klimakonferenz stattfindet

Es ist wieder einmal soweit. In Bonn wird das große Klimarad gedreht. Seit dem 8. Juni treffen sich im ehemaligen Regierungsviertel am Rhein mehr als 6.500 Teilnehmer aus 186 Ländern zu den sogenannten June Climate Meetings der UNFCCC (SB64). Bis zum 18. Juni soll das Treffen dauern. Offiziell ist das Ganze kein pompöser Weltgipfel mit Staatschefs, sondern das „zentrale Arbeitsforum“, um die kommende große Klimakonferenz – die COP31 im türkischen Antalya – vorzubereiten.

Bürokraten, Lobbyisten, NGO-Aktivisten und Wissenschaftler flogen aus aller Welt CO2-produzierend heran und feilen jetzt an Texten, Mandaten und Streitfragen – vor allem an der entscheidenden: Wie kommen wir an das Geld? Immerhin stehen 1,3 Billionen Dollar bis 2035 im Raum, um den Entwicklungsländern die vermeintliche Transformation ins große Klimagluck zu finanzieren. Pro Jahr.

Bestehende Verpflichtungen werden nicht neu verhandelt, heißt es, es muss geliefert werden. Oder auf gut Deutsch: Kohle her! Denn das eigentliche Herzstück der Verhandlungen in Bonn ist das Geld. Die sogenannte „Baku-to-Belém-Roadmap“ peilt diese astronomische Summe von mindestens 1,3 Billionen US-Dollar pro Jahr an. Die Entwicklungsländer fordern dabei feste Zusagen, echte Zuschüsse und die Erfüllung eines Kernziels von jährlich 300 Milliarden Dollar aus öffentlichen Mitteln. In Bonn fallen zwar noch keine endgültigen Entscheidungen über diese Summen, aber es sollen die Grundlagen gelegt werden, auf denen dem westlichen Steuerzahler künftig noch tiefer in die Tasche gegriffen werden soll.

Begleitet wird das Feilschen vom Konzept des „gerechten Übergangs“ (Just Transition). Gewerkschaften, sogenannte „indigene Gruppen“ und abenteuerliche „Klimanetzwerke“ drängen darauf, den Ausstieg aus der fossilen Energie als gigantischen sozialen Umbau mit Beteiligungsrechten

und staatlicher Rundum-Versorgung zu gestalten.

An der Spitze dieses Wanderzirkusses steht UN-Klimavormann Simon Stiell. Der war vor seinem UN-Posten unter anderem Minister für Umwelt und Resilienz auf der kleinen Karibikinsel Grenada, also ein klassischer Vertreter derer, die primär die Interessen fordernder Inselstaaten im Blick haben. Er ist nicht nur oberster „Klimadiplomat“, sondern ganz politisch korrekt auch Mitglied der „International Gender Champions“, einer Vereinigung, die sich für Geschlechtergleichstellung in internationalen Organisationen einsetzt. In Bonn sieht man äußerst gelangweilt und missmutig dreinblickende Sitzungsleiterinnen („You have the Floor!“). Man muss schließlich Prioritäten setzen, wenn man die Welt retten will.

Stiell wiederum nutzt die Bonner Bühne, um das wankende Narrativ vom 1,5-Grad-Ziel am Leben zu erhalten. Bei konsequentem und vor allem schnellem Handeln sei das alles noch erreichbar, ruft er. Gleichzeitig strickt er an einer allumfassenden Krisenerzählung: Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen sei die Wurzel fast allen Übels. Sie treibe die Inflation, Sorge für geopolitische Schocks, gefährde die Sicherheit und die Souveränität der Staaten, und überhaupt ... Kurz: Klima, Krieg, Preise und Sicherheit werden zu einem ideologischen Großargument für Monsterbillionen an Steuerzuschüssen verschmolzen.

Wozu hat man sich schließlich jahrelang in aller Welt getroffen, um sich auf Summen zu einigen, die man vom „Westen“ fordern könne? Vor fast zehn Jahren war Bonn Gastgeber eines internationalen Klimagipfels. *TE* berichtete seinerzeit 2017. 55.000 Quadratmeter schöner Wiesen in den Bonner Rheinauen wurden seinerzeit mit Brettern und Zelten überdeckt. In einem „Regelbuch“ durfte man lesen, wie die Beschlüsse des vorausgegangen Klimagipfels in Paris verwirklicht werden sollen.

Wir erinnern uns: Das war jener Budenzauber, bei dem sich am Ende Mädels aus aller Welt, die „was mit Klima machen“, in den Armen lagen und feuchten Auges ausriefen: »Sie haben ‚Ja‘ gesagt!« Ja, zu zwei Prozent weniger CO<sub>2</sub>. Daraus leitet dann eine weniger begnadete Regierung den Handlungsauftrag ab, eine Wirtschaftsnation zugrunde zu richten.

Hinter der technokratischen Fassade der UN-Nebenorgane verbirgt sich die altbekannte, gut geölte Maschinerie des globalen Klimawandel-Alarmismus. Das Motto lautet wie eh und je: Drama, Baby, Drama! Schlimm steht es angeblich um unser Weltklima, und die einzige Medizin, die dagegen hilft, ist – man ahnt es – das Geld der westlichen Industriestaaten.

Noch verheerender für die Glaubwürdigkeit der Bonner Alarmrhetorik ist jedoch der Blick auf den realen globalen Energiemix. Fossile Energieträger sind keineswegs auf dem Rückzug; sie bilden nach wie vor das unverwüstliche Rückgrat der Weltwirtschaft. Dem aktuellen Statistical Review of World Energy nach machten fossile Brennstoffe 2024

satte 86 Prozent des globalen Primärenergieverbrauchs aus. Die Internationale Energieagentur (IEA) meldete für den weltweiten Stromsektor im selben Jahr einen fossilen Anteil von fast 60 Prozent. Kohle blieb mit 35 Prozent die größte Einzelquelle für Elektrizität, während die Kernkraft weltweit rund 9 Prozent beisteuerte.

Wer vor diesem Hintergrund den schnellen, kompromisslosen Abschied von Kohle, Öl und Gas fordert, betreibt Realitätsverweigerung. Die UN-Bürokraten bleiben die Antwort schuldig, wodurch diese gigantischen Energiemengen zuverlässig, bezahlbar und vor allem industrietauglich ersetzt werden sollen.

Selbst die „Klimawissenschaft“, die sonst so gerne als unfehlbares Dogma ins Feld geführt wird, zwingt die Apokalyptiker mittlerweile zur Mäßigung. Die extremen Hochemissionspfade wie das berüchtigte Szenario RCP8.5, die jahrelang von Medien und Politikern für das Zeichnen von globalen Untergangsszenarien missbraucht wurden, wanken massiv. In der aktuellen wissenschaftlichen Arbeit im Rahmen von SzenarioMIP/CMIP7 wird eingeräumt, dass diese extremen Pfade schlicht unplausibel sind. Das IPCC hat sie zurückgezogen.

Ihren satirischen Höhepunkt findet die Bonner Konferenz übrigens vor der eigenen Haustür. Während die Delegierten im klimatisierten Plenarsaal über die Zukunft der globalen Mobilität und hypermoderne Infrastrukturen schwadronieren, bricht die reale Infrastruktur der Gastgeberstadt zusammen. Seit dem 3. Juni 2026 – also pünktlich kurz vor Konferenzbeginn – ist die Friedrich-Ebert-Brücke, die zentrale Bonner Nordbrücke der Autobahn A565, wegen massiver struktureller Schäden komplett gesperrt. Die Ironie ist unübersehbar: globale Rettung versus marode Brücken.

Über 100.000 Autofahrer, Firmen und Pendler stehen nun täglich im Stau, müssen kilometerweite Umwege in Kauf nehmen und baden das jahrzehntelange Staatsversagen beim Erhalt der heimischen Verkehrswege aus. Deutsche und westliche Politik der Gegenwart meint, das Weltklima im Jahr 2100 auf ein Zehntelgrad genau steuern zu können, scheitert aber krachend daran, eine Betonbrücke über den Rhein im Jahr 2026 funktionstüchtig zu halten. Ginge es wirklich um CO<sub>2</sub>-Reduktion, müsste der Aufruf lauten: Baut mehr Kernkraftwerke! Die gelten als CO<sub>2</sub>-neutral.

Aber was sollten die vielen Pflanzen und Bäume sagen, die auf ihren wichtigsten Baustoff angewiesen sind, das CO<sub>2</sub>. Der leicht erhöhte CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass die Ernten reichhaltiger werden.

Der Klimazirkus macht gerade Zwischenstation in Bonn und zeigt sich wieder einmal als eine gigantische Umverteilungsmaschine von West nach Ost und Süd, während zu Hause die Brücken bröckeln.

Oder wie sagte das einst Otmar Edenhofer vom PIK Potsdam: „Man muss sich von der Illusion frei machen, dass internationale Klimapolitik

Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik, mit Problemen wie Versteppung oder dem Schmelzen von Gletschern, fast nichts mehr zu tun. [...] Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um.“

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier